

Plan B = Bankers Plan

Weltweit war es eine kleine Gruppe von Bankern, die die Rettungspläne diktierte

46

Bis Anfang September 2008 kannte die weltweite Bankenwelt nur einen Plan A: Der Markt regiert; der Staatseinfluss wird reduziert. Mitte September kam Plan B: Der Staat garantiert mit Hunderten Milliarden US-Dollar oder Euro die faulen Kredite und Wertpapiere der Banken. So unterschiedlich Plan B von Land zu Land im Detail war, er entpuppt sich doch überall als Banker-Plan: Die Entscheidungen über diese Pläne wurden überall in kleinen abgeschotteten Kreisen von Personen mit engsten Beziehungen zum Finanzkapital gefällt. Die Parlamente hatten diese Pläne im Eilverfahren durchzuwinken. Auch die Regierungen mit ihren Kabinetten waren nur teilweise in die Entscheidungsprozesse einbezogen. US-Präsident George W. Bush war seit Ausbruch der Finanzkrise Mitte September 2008 weitgehend von der Bildfläche verschwunden. Der Macher war Finanzminister Henry (*Hank*) Paulson, ein dutzendfacher Dollar-Milliardär, der den größten Teil seines Berufslebens als Banker bei der Investmentbank Goldman Sachs verbracht hatte.

In Großbritannien wurde der am 8. Oktober vorgelegte, kurz darauf vom Parlament durchgewundene, 250 Milliarden Pfund schwere Banken-Rettungsplan nach außen von Premierminister Gordon Brown und Schatzkanzler Alistair Darling repräsentiert. Ausgearbeitet wurde er jedoch vor allem von den zwei Mitgliedern des britischen Oberhauses, Paul Myners und Shriti Vadera. Myners ist zugleich Staatssekretär für den Finanzdistrikt der britischen Metropole, Vadera ist Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium. Der dutzendfache Pfund-Millionär Myners stieß erst vor wenigen Wochen zur Politik und war zuvor Top-Banker (u.a. N. M. Rothschild Bank); Vadera war 14 Jahre für die Investmentbank UBS Warburg aktiv. Die konkrete Ausarbeitung des Banken-Rettungsplans erfolgte in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober nach Treffen der genannten Personen mit den Chefs der vier größten britischen Banken und dem Zentralbankchef Mervyn King.

BANKEN-RETTUNGSKOMITEE Der 500 Milliarden Euro schwere deutsche Bankenrettungsplan wird nach außen vor allem von Finanzminister Peer Steinbrück vertreten. Hinter ihm stand jedoch ein kleiner Kreis von Bankern und Finanzleuten. Die „Süddeutsche Zeitung“ (13.10.) sprach von einem sechsköpfigen „Komitee zur Rettung der deutschen Banken“, bestehend aus dem Bundesbank-Chef Axel Weber, dem Präsidenten der Finanzaufsicht Bafin, Jochen Sanio, dem Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, dem Finanzminister Peer Steinbrück mit seinem Staatssekretär Jörg Asmussen und dem Abteilungsleiter Wirtschaft im Kanzleramt, Jens Weidmann. Diese Sechserbande erarbeitete seit Mitte September einzelne Krisenpläne, u.a. den zur Rettung des Instituts HypoRealEstate und schließlich den 500-Milliarden-Euro-Plan, der am 13. Oktober von der Kanzlerin und dem Finanzminister vorgestellt wurde.

Eine Schlüsselrolle spielte dabei Staatssekretär Asmussen, dem ein besonders enges Verhältnis zum Kreis der Top-Banker nachgesagt wird. Asmussen war als Leiter des Referats für internationale Finanz- und Währungspolitik im Bundesfinanzministerium maßgeblich daran beteiligt, just jene Kreditverbriefungen (z.B. CDS – Credit Default Swaps) zu fördern, die heute als entscheidender Faktor der weltweiten Finanzmarktkrise angesehen werden. Noch 2006 schrieb Asmussen, das Bundesfinanzministerium achte darauf, „dass den Instituten keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen werden, wenn sie in gängige ABS-Produkte mit gutem Rating investieren.“ (ABS = Asset Backed Securities, Wertpapiere, die mit Vermögensansprüchen – z.B. Immobilienkrediten, Pfandbriefen – besichert sind). Just solche ABS-Produkte stehen seit Mitte 2007 im Zentrum der weltweiten Finanzkrise und werden inzwischen weltweit als überwiegend faule Kredite identifiziert. **HÜH UND HOTT** Im Koalitionsvertrag der CDU/CSU-SPD-Regierung vom Herbst 2005 findet sich eine vergleichbare Passa-



ge: Die Bundesregierung werde „den verstärkten Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente“ vorschlagen. Und: „Zur Erleichterung der Kreditvergabe durch die Banken werden wir auch die Regulierung der Finanzaufsicht auf das notwendige Maß zurückführen.“ Ein- und dieselbe Person und ein- und dieselbe Regierung verkörperten demnach die beiden scheinbaren Extreme: Deregulierung und Regulierung. Dasselbe trifft auf die Top-Leute zu, die den britischen Banken-Rettungsplan ausarbeiteten. Vadera war z.B. verantwortlich für die Privatisierung der Londoner U-Bahn. Hank Paulson wiederum war als Goldman Sachs-Chef ein besonders vehementer Verfechter der Banken-Deregulierung. Auf dieser Linie agierte er auch im Zeitraum Juni 2006 bis Sommer 2008 als Finanzminister, um dann die beschriebene radikale Kehrtwende zu vollziehen.

Das aber unterstreicht ein weiteres Mal: Entscheidend ist gar nicht die Frage Regulierung oder Deregulierung. Entscheidend ist vielmehr, wie eine maximale Rendite privater Anlagen gesichert werden kann. Die Antwort lautet: mal so, mal so. Mal mit Deregulierung, aktuell aber mittels enormer staatlicher Eingriffe.

FINANZWELT-MONARCHIE Alle Bankenrettungs-Programme sind gewaltige Umverteilungsprogramme; Hunderte Milliarden Euro werden von der durchschnittlichen Bevölkerung aufzubringen sein, um eine kleine Gruppe von Bankern zu alimentieren. Die Entscheidung über diese Programme wiederum wird von Leuten gefällt, die mit den Profiteuren in enger Verbindung stehen. Auch die Detailentscheidungen, wer welche Summen aus den beschlossenen großen Fonds erhält, liegt in der Regel in einem vergleichbaren intimen Kreis. In den Worten des Ökonomen Nouriel Roubini von der New York University, der bereits 2006 den Finanzkrach vorhergesagt hatte: „Da sagt dieser Paulson: 'Glaubt mir, ich werde alles richtig machen, wenn

ich die absolute Kontrolle bekomme.' Aber wir leben doch nicht in einer Monarchie!"

Tatsächlich ist die Handlungsweise, die in der gegenwärtigen Krise vorherrscht, absolutistisch und autokratisch. In der Zeit des Absolutismus wurde die Macht der Alleinherrscher von Gott abgeleitet. Die Begründung für den modernen Absolutismus besteht in Verweisen auf – zuvor mit der Deregulierung geschaffene – „Sachzwänge“. Ein ergänzender Verweis auf Gott kann allerdings nicht schaden. Auf die Frage eines Kongressabgeordneten, was passieren würde, wenn der Banken-Rettungsplan im Parlament abgelehnt werde, antwortete Paulson: „Dann Gnade uns Gott!"

Er wurde dann tatsächlich in einer ersten Abstimmung im Kongress abgelehnt. Gnädigerweise durfte das Parlament nach drei Tagen ein weiteres Mal abstimmen, worauf der Bankers Plan abgesegnet wurde.

Das offiziell entscheidende Ziel der Banken-Rettungspläne, die Lösung der *Vertrauenskrise* und die Vergabe neuer Kredite, wird höchstens in Einzelfällen erreicht. Warum sollten die weiterhin privaten Banken auch neue Kredite vergeben, wenn sich die Geschäftsaussichten von Tag zu Tag eintrüben? Die New York Times vom 25.10. berichtete über eine Konferenz von JP Morgan Chase-Managern. Als diese gefragt wurden, wie sich der 25-Milliarden-Dollar-Betrag, den die Bank aus dem Bankenrettungs-Fonds erhält, auswirken würde, antwortete ein Manager, man werde damit vor allem andere Banken aufkaufen. Das Blatt: „Es fiel nicht ein einziges Mal ein Satz, wonach man neue Kredite vergeben werde.“ Im Gegenteil. Ein Top-Manager argumentierte, man werde die harte Kreditpraxis noch

verschärfen. Aus anderen Berichten geht hervor, dass solche Gelder für neue Boni- und Dividendenzahlungen eingesetzt werden.

Gelegentlich dringt aus den zurückhaltenden Banken-Kreisen durch, wie Plan B begossen wurde. Als die belgische Regierung Mitte Oktober ein Programm zur Rettung der Institute Fortis und Dexia beschlossen hatte, feierte das Management dies kurz darauf in exklusiven Etablissements in Monaco. Laut der flämi-

schen Zeitung „De Morgen“ lud die franco-belgische Dexia-Bank mehr als 200 Gäste zu einem festlichen Bankett in die teuerste Herberge von Monte Carlo, in das Hotel de Paris, ein. Am Tag darauf ließ die Fortis-Bank ihrerseits eine große Zahl von Gästen nach Monaco einfliegen, um sie im Gourmet-Tempel Louis XV zu bewirten. Der Champagner sei in Strömen geflossen. „De Morgen“ über die Fortis-Sause: „Spät nachts hörten die Journalisten von der Terrasse den Trinkspruch. ‘Auf alle, die ihr Geld verloren haben!’“

Lehman Pleite und der Herr B.

48

Die Pleite von Lehman Brothers wird hierzulande als US-Angelegenheit behandelt. Kanzlerkandidat Walter Steinmeier erntete im Oktober auf dem SPD-Parteitag tosenden Beifall, als er, auf Lehman gemünzt, in den Saal rief: „Jetzt sind sie abgestürzt, diese Herren des Universum“. Dabei wissen viele der Delegierten-Genossen, wie massiv Dutzende Kommunen von der Pleite des US-Investmenthauses betroffen sind. Deutsche Kommunen haben bei der Lehman-Tochter, der „Lehman Brothers Bankhaus AG“, mindestens eine Milliarde Euro angelegt. Städte und Kreise wie Freiburg, Lörrach, Frankfurt/M., Köln, Euskirchen und Frechen sind betroffen. Auch die Deutsche Rentenversicherung Rheinland und die Barmer Ersatzkasse hatten bei Lehman Geld angelegt. Die Liste der Betroffenen ist ein von der Finanzaufsicht Bafin gut gehütetes Geheimnis. Warum eigentlich? Immerhin geht es nicht um private, sondern um Steuergelder.

Der professionelle Lehman-Erfolg in Deutschland ist auch Hans Martin Bury – seit 2005 Lehman-Managing Director, seit 2008

Vorstand bei der Lehman Brothers Bankhaus AG, zu verdanken. Bury war 1990-2005 MdB und unter Kanzler Schröder 1999-2005 Staatsminister. Er gilt auch nach der Lehman-Pleite „als anerkannter SPD-Finanzpolitiker“, so die Sprecherin des SPD-„Netzwerkes“ Nina Hauer. Das Netzwerk, ein SPD-Zusammenschluss von Karrierepolitikern, hatte Bury im November 2008 zum Thema: „Sozialdemokratische Antworten“ auf die Finanzkrise geladen.



Im Zusammenhang Netzwerk ist auch ein kritischer Blick auf die 319-Millionen-Euro-Überweisung, die die staatliche KfW-Bank am Tag

der Lehman-Pleite an Lehman (USA) tätigte, zu werfen. Einiges spricht dafür, dass da nicht „Deutschlands dümmste Bank“ handelte, dass es hingegen überlegtes Handeln gab. Immerhin wurde die Überweisung am 15. September morgens um 8.44 h zunächst von der Bundesbank gestoppt. Erst nach Rücksprache (mit wem?) und nach Überweisung eines Deckungsbeitrags durch die KfW ging die Überweisung um 8.53 h tatsächlich über die Bühne.

Sonderspendenkonto
beim PV DIE LINKE/Cuba Si
Nr. 13 2222 10, Berliner
Sparkasse, BLZ 100 500 00,
VWZ: Milch für Kubas Kinder

Cuba Si
AG in der Partei DIE LINKE
Fon: 030-24009-455; -456
Fax: 030-24009-409
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin, www.cuba-si.org

Cuba Si

Milch für Kubas Kinder

„Cuba Si war eine der ersten Organisationen, die uns nach dem Ende des RGW unterstützt haben. Das werden wir nie vergessen und daran denken wir mit viel Zuneigung. Sie unterstützten uns in unserer schwierigsten Phase mit dem Projekt ‚Milch für Kubas Kinder‘. Cuba Si gab uns sprichwörtlich nicht nur Fisch zum Essen, sondern eine Angel, um zu fischen. Für die dauerhaften Projekte, die Cuba Si mit uns durchführt, sind wir sehr dankbar.“ (Alcides López Labrada, Vizeminister für Landwirtschaft Kubas, ND vom 5.8.2008)

Für die erfolgreiche Weiterführung unserer Milchprojekte bitten wir um Spenden (auch mit Dauerauftrag).
Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

prager frühling

★ MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS



prager frühling ist eine linke Dritteljahresschrift im Magazinstil. **Redaktion:** Katja Kipping, Lena Kreck, Thomas Lohmeier, Kolja Möller, Norbert Schepers, Jörg Schindler. **prager frühling** erscheint im VSA: Verlag mit 60 Seiten. Einzelheft: 5,00 €; Jahresabonnement: 15,00 € Förderabonnement: 30,00 € oder mehr. Abos und Kontakt: www.prager-fruehling-magazin.de www.vsa-verlag.de